



Antrag

der Fraktion des SSW

Bericht über die 1-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag bis zur 16. Sitzung einen schriftlichen Bericht über die Verbreitung und Auswirkungen von 1-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein zu geben. Im Bericht soll u.a. auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Anzahl der 1-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein per 30.6.2006 verteilt auf öffentliche Arbeitgeber, gemeinnützige Organisationen und Branchen sowie eine Übersicht der Tätigkeiten der 1-Euro-Jobber.
- Mögliche Wettbewerbsverzerrungen für schleswig-holsteinische Unternehmen und Verdrängungseffekte bei sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen durch die 1-Euro-Jobs sowie Maßnahmen der Landesregierung, um dies zu verhindern.
- Ausblick der Landesregierung auf die künftige Entwicklung von 1-Euro-Jobs in Schleswig-Holstein und die Beschäftigungsperspektiven für die 1-Euro-Jobber auf dem ersten Arbeitsmarkt sowie die Auswirkungen von 1-Euro-Jobs auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitarbeitsplätze.

Begründung:

Laut gesetzlicher Anforderung dürfen Arbeitslose, die 1-Euro-Jobs verrichten, nur für Tätigkeiten eingesetzt werden, die im öffentlichen Interesse, zusätzlich oder wettbewerbsneutral sind. Nach einer Studie des Bundesrechnungshofs verstoßen mindestens ein Viertel der eingeführten 1-Euro-Jobs gegen die gesetzlichen Anforderungen. Deshalb muss die Landesregierung darüber berichten, welche Entwicklung die 1-Euro-Jobs genommen haben, welche Auswirkungen sie hatten und welche Zukunftsperspektiven sich ergeben.

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW